

01.079

## Bundesgesetz über die politischen Rechte

### Droits politiques. Loi fédérale

#### Différences – Divergences

Botschaft des Bundesrates 30.11.01 (BBl 2001 6401)

Message du Conseil fédéral 30.11.01 (FF 2001 6051)

Nationalrat/Conseil national 19.03.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 05.06.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 11.06.02 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 17.06.02 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 18.06.02 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.02 (Différences – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 20.06.02

Nationalrat/Conseil national 20.06.02 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 20.06.02 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 21.06.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2002 4383)

Texte de l'acte législatif (FF 2002 4080)

## Bundesgesetz über die politischen Rechte Loi fédérale sur les droits politiques

### Art. 86a

#### Antrag der Kommission

#### Mehrheit

Der Bund kann vor Nationalratswahlen Informations- und Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Stimmbeteiligung sowie zur Förderung einer ausgeglicheneren Vertretung der Geschlechter im Parlament durchführen.

#### Minderheit

(Scherer Marcel, Bortoluzzi, Eberhard, Fehr Hans, Glur, Joder, Lustenberger, Schibli)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

### Art. 86a

#### Proposition de la commission

#### Majorité

La Confédération peut, avant l'élection du Conseil national, lancer des campagnes d'information et de sensibilisation des électeurs dans le but d'accroître leur participation au vote et d'encourager une représentation plus équilibrée des deux sexes au Parlement.

#### Minorité

(Scherer Marcel, Bortoluzzi, Eberhard, Fehr Hans, Glur, Joder, Lustenberger, Schibli)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Scherer Marcel** (V, ZG): Ich bitte Sie, die starke Minderheit der SPK zu unterstützen und auf den Ständerat einzuschwenken und somit die letzte Differenz in diesem Gesetzeswerk, dem Bundesgesetz über die politischen Rechte auszuräumen. Die Argumente wurden bereits etliche Male erwähnt, aber es ist so: Eine aktive Demokratie braucht keine Sensibilisierungskampagne und keine Bevormundung. Es ist nicht Sache des Staates, in die Wahlen lenkend – auf welche Seite auch immer – einzugreifen. Die Formulierung dieses Artikels ist unserer mündigen Bürger nicht würdig. Ich bitte Sie also, die Minderheit zu unterstützen und die Differenz gegenüber dem Ständerat auszuräumen.

**Lalive d'Epinay Maya** (R, SZ), für die Kommission: Im Namen der Mehrheit beantrage ich Ihnen, ihren Antrag, der jetzt eigentlich einen Kompromiss zwischen National- und Ständerat ermöglicht, anzunehmen. Es ist erstens nicht so, Herr Scherer, dass es eine starke Minderheit ist, die diesen Minderheitsantrag gestellt hat.

Zweitens ist es ein Verfassungsauftrag, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, und ein staatspolitischer Auftrag, dass wir u. a. unsere Bürgerinnen und Bürger neutral und überparteilich darauf aufmerksam zu machen haben, welche Rechte sie haben.

Wenn Sie ein aktuelles Beispiel haben wollen – davon war ja das letzte Mal die Rede –: Im Kanton Zürich wird zurzeit, auch mit öffentlich-rechtlichen Geldern, eine Sensibilisierungsaktion durchgeführt – «Demokratie» heisst sie –, mit der die Leute aufgefordert werden, ihre demokratischen Rechte verstärkt wahrzunehmen, weil man eben allgemein feststellt, dass die Leute nicht mehr so gerne oder so oft an die Urne gehen. Wir glauben, dass man das sehr wohl überparteilich und neutral machen kann und dass dies eine Ergänzung zu den Parteiaufgaben und nicht eine Bevormundung der Parteien ist.

Der Kompromissantrag, der jetzt vorliegt, ist im Ständerat mit 17 zu 15 Stimmen nur knapp unterlegen. 15 Stimmen waren also für diesen Antrag, während 17 Stimmen für Festhalten am Beschluss der Mehrheit der ständerätlichen Kommission waren. Es ist zudem wahrscheinlich, dass der Ständerat einschwenken wird, wenn wir diesen Kompromissantrag annehmen, der neutral ist und sich auf die Nationalratswahlen konzentriert.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**La présidente** (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe radical-démocratique communique qu'il soutient la majorité.

**Tillmanns Pierre** (S, VD), pour la commission: En effet, c'est une obligation constitutionnelle. Donc, il ne faut pas dire, comme le font les membres du groupe de l'Union démocratique du centre, que ça n'est pas notre affaire de nous préoccuper de ça. Nous l'avons inscrit dans la constitution, nous devons donc informer les électeurs. Il est dit, selon la proposition de la majorité, que «la Confédération peut, avant l'élection du Conseil national, lancer des campagnes d'information». Nous avons d'abord estimé que la Confédération devait le faire; maintenant, elle ne «doit» plus le faire, elle «peut» le faire.

Au Conseil des Etats, une proposition un tout petit peu différente a été rejetée. La majorité de la commission a proposé de reprendre cette proposition. Elle pense ainsi qu'au moment où le Conseil des Etats examinera la divergence, il tombera d'accord avec notre Conseil.

C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission vous propose d'adopter sa proposition.

**Huber-Hotz Annemarie**, Bundeskanzlerin: Ich bin Ihrer Kommission dankbar, dass sie bereit ist, diese schlanke Version ins Gesetz aufzunehmen. Die gesetzliche Grundlage für Sensibilisierungs- und Informationskampagnen ist sehr wichtig, zumal die Wahlbeteiligung in der Schweiz deutlicher zurückgegangen ist als in anderen Staaten. In Frankreich waren es immerhin noch 60 Prozent der Wahlberechtigten, die an die Urne gingen. Es ist wichtig, dass wir alles unternehmen, damit sich an den nächsten Nationalratswahlen neue Wählerkreise und vor allem die junge Generation vermehrt beteiligen. Es ist aber auch wichtig, dass die verfassungsmässigen Aufträge zur ausgeglichenen Vertretung der Geschlechter erfüllt werden.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit .... 92 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit .... 66 Stimmen